

Der Freisinn

FDP

Nr. 2
Februar 1986
8. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Nach dem Genfer Gipfeltreffen

Zurück zum Verhandlungstisch?

Das spektakuläre Genfer Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschew hat die Hoffnung auf neue Verhandlungsrunden über den Abbau des Rüstungswettlaufs geweckt. FDP-Nationalrat Dr. Felix Auer (Bottmingen BL) hat in einem Referat zum Genfer Gipfeltreffen sowie seinen Folgen auf die weltpolitische Lage Stellung bezogen. Nachstehend ein Auszug aus seinen Ausführungen:

Auch die Existenz unseres Landes hängt von der Erhaltung des Friedens ab, zumindest von der Vermeidung eines atomaren Holocaust. Denn Kriege dauerten auch 1985 an: der gnadenlose imperialistische Krieg der Sowjetunion in Afghanistan; weiter der nun schon über fünf Jahre lang dauernde wahnwitzige Irak-Iran-Krieg, weder mit den üblichen Ost-West- noch Nord-Süd-Thesen und auch nicht wirtschaftlich erklärbar; das grausame Geschehen in Libanon, einst als friedliches und blühendes Land die «Schweiz des Orients» genannt; die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen China und Vietnam, zwischen Vietnam und Kambodscha und in Abessinien, die ebenfalls die marxistische Lehre hohnsprechen, Ursache aller Kriege seien allein die (kapitalistischen) Klassegegensätze; Terrorismus im Nahen Osten und anderswo, Kriege in verschiedenen Ländern Afrikas und Südamerikas. Hier rächt sich die amerikanische Politik, selbst das undemokratischste Regime zu unterstützen, wenn es sich nur hinreichend antikommunistisch gebär-



det. Kein Wunder, dass die Sowjets prompt Oppositionellen zu Hilfe eilen.

Wunder in Russland?

Mit dem weltmännisch auftretenden Michael Gorbatschew scheinen in Russland Wunder zu geschehen. Er hat die alte Garde abgelöst und lässt Jüngere in Spitzenpositionen aufrücken. Die überalterte und träge Nomenklatura fürchtet um ihre Privilegien.

Der neue Mann sucht der verkrusteten und verbürokratisierten Wirtschaft Beine zu machen. Aber er wird nicht nur an der Trägheit des Systems scheitern, sondern an diesem selbst, weil er dessen Grundmängel nicht zu beheben vermag: Wenn einer sich am Ende des 20. Jahrhunderts immer noch auf den alten Lenin und den noch älteren Marx stützt – mag es teils auch nur rhetorisch gemeint sein –, besteht keine Hoffnung auf eine Wende, wie sie sich etwa in Ungarn abzeichnet. Solange das herrschende Regime der UdSSR nach wie vor die proletarisch-revolutionäre Heilslehre des führenden Oktober-Revolutionärs verkündet und diese der Armee und der jungen Generation als das A und das O aller Denk- und Handlungsweisen lehrt und solange im Kreml auch diejenigen noch an den Hebeln der Macht sitzen, die der Schreckensherrschaft Stalins gedient und sie mitvollzogen haben, so lange ist den offiziellen Friedensbeteuerungen weiterhin mit Vorbehalt zu begegnen.

Es war nicht der Westen, es war die Sowjetunion, welche die «Entspannung» zur Aufrüstung, u. a. zur Entwicklung und Aufstellung der SS-20-Raketen, missbraucht hat. Unter diesem Aspekt ist auch das amerikanische SDI-Projekt zu verstehen. Gewiss sind gegenüber dem finanziellen und technischen Gigantismus dieses Milliarden-Molochs mancherlei Fragezeichen angebracht. Lässt sich die notwendige hochtechnische, sophistische Perfektion überhaupt erreichen? Und wenn ja: wird es nicht durch analoge Massnahmen der Gegenseite unwirksam gemacht oder in die Irre geführt werden können, wie stets gegen jede neue Waffe nach meist

(Fortsetzung auf Seite 2)

Parteipräsident Hunziker zur Kritik an Staat und Gesellschaft

«Es geht unserem Lande gut»

In seiner Präsidialansprache an der jüngsten ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz ging Parteipräsident Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau) auch kurz auf die Welle der Kritik an Staat und Gesellschaft ein. Dabei zog er, trotz gewissen nicht zu verkennenden Problemen, eine mehrheitlich positive Bilanz über das Allgemeinbefinden der Eidgenossenschaft:

Es ist in jüngster Zeit Mode geworden, alles und jedes zu kritisieren und eine zumeist negative Lageanalyse vorzunehmen. Ich kann diese Haltung nicht teilen. Im Gegenteil: Ich stelle fest, dass das Allgemeinbefinden unserer Eidgenossenschaft gut ist. Dass auch kritische Punkte und vereinzelte Fehlleistungen zu verzeichnen sind, übersehe ich nicht. Das Geschehen im Kanton Bern sowie die Probleme mit einzelnen Exekutivmitgliedern in anderen Kantonen haben auch gezeigt, dass unsere Institutionen noch funktionsfähig sind und dass die Selbstregenerierungskraft unserer Demokratie noch funktioniert.

Wenn ich versuche, Bilanz zu ziehen, so kann ich über ganz wesentlich positive Aspekte nicht hinwegsehen. Es geht unserem Lande gut. Und es geht unserer Gesellschaft – immer in ihrer Gesamtheit gesehen – gut. Ebenso gedeiht – glücklicherweise wieder – unsere Wirtschaft. Wir erfreuen uns nach wie vor des sozialen Friedens und eines weitverbreiteten ökonomischen Wohlstandes.

Mehrheitlich positiv eingestellte Jugend

Auch die Jugend stehen gute Rahmenbedingungen zur Integration und zur Entfaltung zur Verfügung. Die Grosszahl unserer Jugendlichen weiss das, auch wenn sie es nicht lautstark zum Ausdruck bringen. Dem im letzten Jahr veröffentlichten Jugendbericht, der sich auf durchgeführte Interviews abstützt, ist zu entnehmen, dass die Jugendlichen eine durchwegs positive Einstellung zur Arbeit haben. Sie wird als etwas Schönes empfunden. Von Aussteigertum, allgemeiner Unzufriedenheit, Hoffnungslosigkeit oder «No future» ist nicht die Rede. Dafür spürt man aus den Antworten die erfreuliche Bereitschaft, etwas zu leisten, sich in der heutigen Arbeitswelt zu entfalten und damit bewusst einen Beitrag an die Lösung unserer Zeitprobleme zu erbringen. Von einer wachsenden Entfremdung und Angst gegenüber der technologischen Entwicklung oder einem gestörten Verhältnis zur Arbeit ist nicht die Rede, was offenbar bei jenen, die diese Interviews durchführen und analysierten, Erstaunen hervorrief. Warum eigentlich? Die Verfassung und das Befinden unserer Jugend sind,



von «Berufsjugendlichen» und den «Unzufriedenen vom Dienst» abgesehen, positiv und erfreulich. Es sind glücklicherweise auch wenige, die die Jugend als so etwas wie eine Dauerbeschäftigung betrachten.

Trotz allem: Es gibt auch Probleme

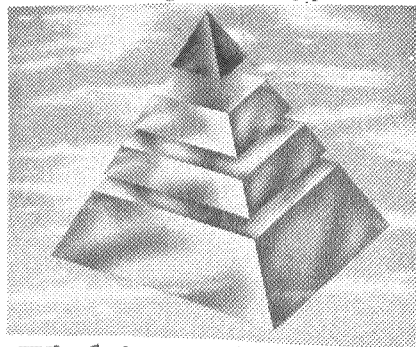
Innenpolitisch gesehen können wir nach wie vor von einer politischen Stabilität sprechen, trotz verstärkter Virulenz kleiner Splittergruppen oder Bewegungsparteien. Diese geraten, wie die Erfahrung zeigt, meistens nach kurzem Engagement wieder ins politische Abseits, denn sie können nicht jenen «Full service» bieten, wie dies die etablierten, traditionellen Parteien tun. Von diesen sind zu-

(Fortsetzung auf Seite 5)



Überraschend deutlich haben sich die Delegierten der FDP der Schweiz an einer starkbesuchten Delegiertenversammlung – 210 stimmberechtigte Delegierte sowie über 120 weitere Parteifreunde – für den Beitritt der Schweiz zur Uno ausgesprochen. In dieser «Freisinn»-Ausgabe wird über diese Veranstaltung in Ergänzung zur Berichterstattung in den aktuellen Medien informiert. (Photo ruti)

SKA Anlage-Service plus.



Wir leisten mehr, damit Sie an der Spitze sind.



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

Fortsetzung von Seite 1

kurzer Zeit eine Gegenwaffe entwickelt worden ist?

Wirtschaftliche und politische Grenzen

Denn im Gegensatz zur übrigen Wirtschaft ist die Sowjetunion im Rüstungssektor und in der Satellitentechnologie up-to-date. Dies zeigt auch die Berufung von bewährten Rüstungsfachleuten in den engeren Machtkreis von Partei und Regierung. Es fragt sich nur, ob das ohnehin unter den hohen Militärausgaben leidende Land sich die astronomischen Kosten eines eigenen und eines Gegen-Star-War-Projekts wirtschaftlich überhaupt leisten kann?

Die Frage nach den Kosten stellt sich selbstverständlich auch in den USA mit einem Rüstungsbudget, das mit über 500 Milliarden Franken fast 100mal so gross ist wie jenes der Schweiz. Im Gegensatz zur Sowjetunion, deren Bruttosozialprodukt etwa dreimal kleiner ist als jenes der USA, stösst die westliche Grossmacht weniger an wirtschaftliche denn angesichts der Budgetdefizite und anderer zu finanzierender Staatsaufgaben an politische Grenzen. Denn anders als dort beschliesst nicht ein kleiner abgeschirmter Zirkel mächtiger Männer über Finanzen und Rüstung, sondern der vom Volk gewählte Kongress. Über die Rüstung finden öffentliche Diskussionen statt, mit Pro und Contra auch über das SDI und mit nicht verkennbaren Auswirkungen auf die Politik des Präsidenten. Vorläufig aber fördern dieser und die Mehrheit des Parlaments die riesige Zusatzrüstung, wohl weniger aus militärischen denn aus politischen Gründen, und zwar aus der Erkenntnis, dass mit den Russen sinnvoll nur aus einer Position der Stärke verhandelt werden kann, und aus der Erfahrung, dass die zuvor «weiche» Haltung von jenen prompt missbraucht worden war.

Zum Verhandeln gezwungen

Dort wirtschaftliche, hier politische Grenzen. Die Einsicht, dass angesichts der auf beiden Seiten vorhandenen Overkill-Raten ein atomarer Krieg nicht geführt werden kann, weil auf einen tödlichen Erstschatz ein ebenso tödlicher Gegenschlag folgen würde, die Einsicht weiter, dass auch mit einem SDI – sollte es je die ihm zugeordnete Schutzschirmrolle wahrnehmen können – letztlich nur eine höhere, teurere und wahrscheinlich noch risikoreichere Stufe des «Gleichgewichts des Schreckens» erlangt werden kann, führt die Grossmächte an den Verhandlungstisch zurück. Leider weniger Gründe der Moral denn solche der schieren Vernunft lassen hier Hoffnung zu. Denn angesichts der Fülle unerledigter anderer Probleme auf der Welt, etwa des Hungers und der Armut, kann menschliche Ratio gar nichts anderes, als sich gegen den gigantischen Rüstungswettlauf aufzulehnen! Unter diesem Gesichtspunkt ist auch das spektakuläre Genfer Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschew zu betrachten, dem weitere Begegnungen auf höchster Ebene folgen sollen.

Und die Kontrolle?

Die beidseitig, teils aus verschiedenen Motiven, angestrebte Ab-

rüstung, möglicherweise mit dem Ziel eines totalen Abbaus der Atomwaffen, kann allenfalls nur stufenweise erfolgen. Sie setzt aber weiter eine umfassende Kontrolle voraus. Eine solche, erfolge sie nun gegenseitig oder durch eine supranationale Behörde, ist in der offenen westlichen Staatenwelt durchaus denkbar, weniger aber in der Sowjetunion. Denn eine solche Kontrolle bedingt auch gegenseitige Information.

Nun gibt es aber in der UdSSR nicht nur keine Meinungsfreiheit – solche widersprüche der kommunistischen Ideologie und dem Unfehlbarkeitsdogma der Partei –, sondern auch keine Pressefreiheit. Eine Friedensbewegung kann sich bei uns entfalten. Rüstungsvorhaben können öffentlich diskutiert, in Frage gestellt und in den Parlamenten abge-

lehnt werden. Solches ist hinter dem Eisernen Vorhang nicht möglich, ist aber Voraussetzung einer wirksamen Abrüstungspolitik und von sog. vertrauensbildenden Massnahmen. Denn Rüstung ist ja letztlich nicht das Werk irgendeines bösen militärisch-industriellen Komplexes, sondern die Folge fehlenden Vertrauens. Also muss vorerst Vertrauen geschaffen werden.

Solange diese Ziele nur Hoffnung sind, wird auch Europa seine Verteidigungsanstrengungen fortsetzen müssen – in erhöhtem Masse bei der konventionellen Rüstung, falls auf die auf unserem Kontinent stationierten Atomraketen der USA verzichtet werden müsste. Auch unser Land hat keinen Grund, vom bisherigen Konzept seiner Sicherheitspolitik abzugehen.

Von der Leistungs- zur Schutzgesellschaft

Durchbruch der «Vollkasko-Mentalität»

Die Tendenz, die Risiken nicht mehr selbst zu tragen, sondern abzuwälzen, ist auch in der Schweiz unverkennbar. Der Hang zu dieser – wie es auch schon genannt wurde – «Vollkasko-Mentalität» ist nicht nur bei den Individuen im Sozialbereich feststellbar, sondern in zunehmendem Masse auch im Wirtschaftsleben. Dieser Tendenz ist in ihrem Wochenbericht die Bank Julius Bär nachgegangen:

In allen hoch entwickelten Gesellschaften wird der Staat vermehrt beauftragt, die individuellen Risiken des Lebens zu beseitigen oder zumindest auf andere beziehungsweise die Gesellschaft als Ganzes abzuschieben. Dabei hat sich dieser «Schutz» des Einzelnen vor allem und jedem längst über die ethischen und sozialen Grundlagen des vernünftigen Wohlfahrtsstaates hinaus entwickelt. Wir sind heute vor allen möglichen und unmöglichen Unglücksfällen und Ereignissen gesichert: vor Wasser, Feuer, Hagel und anderen Naturkatastrophen, vor schlechter Gesundheit, hohem Alter, Arbeitslosigkeit und Unfall usw., auch Arbeitsplätze und -zeiten sind streng reguliert. Mieter und Arbeitnehmer sind vor Kündigung geschützt, kranke Unternehmen werden unterstützt, Forschung und Entwicklung sind subventioniert, vor ausländischer Konkurrenz, technischem Fortschritt, strukturellem Wandel wird geschützt, die Qualität der Produkte, die Information der Wirtschaft und die Sicherheit von Anlagen wird kontrolliert. Neuerdings wird selbst der soziale Status und sogar schlicht die Dummheit zum Schutzobjekt von Gesetz und Bürokratie. Kurzum: die private Wirtschaft (auch oder gerade in der Schweiz) basiert immer weniger auf dem Markt und seinen Signalen, sondern auf öffentlichem Druck, auf Appellen und Eingriffen des Staates, die letztlich auch aus politischen Gründen und angeblich im öffentlichen Interesse ausgelöst werden.

Alles in allem sind wir von der Leistungsgesellschaft über den Versorgungs- und Umverteilungsstaat an der Schwelle der «Schutzgesellschaft» angelangt. Der Staat wird zu einem allmächtigen Versicherungsunternehmen, das uns die Null-Risiko-Gesellschaft zu garantieren versucht. Der Begriff Schutz hat in der schweizerischen Politik eine magische Wirkung und grenzenlose Ausdehnung erfahren: Arbeitnehmer, Mieter, Pächter, kleine Firmen, Einleger und Anleger, Bauern, Detailisten, Gewerbetreibende – alle sind sie geschützt, nicht bloss vor höherer Gewalt, sondern eben auch vor den Folgen des politischen, ökonomischen und technischen Wandels, vor fehlender Information und echter Unwissenheit und schliesslich und endlich vor der eigenen

Unfähigkeit und Dummheit. Wem letzteres übertrieben scheint, der sehe sich die Gesetzesvorlagen über Kleinkredite oder den Lockvogel noch einmal genauer an.

Totaler Schutz als unlösbarer Widerspruch

Bekanntlich gibt es private Versicherungsmärkte zur effizienten Vernichtung beziehungsweise «Poolung» derjenigen Risiken, bei denen die Kosten der Versicherung oder Sicherung geringer sind als der potentielle Schaden. In allen übrigen Fällen verlagert sich die Nachfrage nach Risikovermeidung, -abwälzung und -umverteilung auf den Staat. Diese Nachfrage nach öffentlichem Schutz, nach gesellschaftlicher Versicherung ist hoch und steigend; aber die politische Bereitschaft, die «Prämien» dafür zu bezahlen, ist gering und im Schwinden begriffen. Dies ist die grundlegende Problematik des modernen Sozial- und Hegestaates. Dieser gerät dadurch in ein schwieriges Dilemma: Er steht letztlich vor einem unlöslichen Widerspruch. Der politische Auftrag des Souveräns lautet, einerseits für mehr Sicherheit zu sorgen, andererseits die Belastungen durch Steuern, Sozialabgaben und einschränkende Regulierungen abzubauen. Der einzige politische Ausweg besteht hierbei in der Verschleierung der Höhe und



Kritische Blicke freisinniger welscher Nationalräte (v. l. n. r.): Pierre Savary (Payerne VD), Jacques Martin (Gryon VD) sowie Pierre Rime (Bulle FR). (Photo ruti)

Verteilung der Kosten. Schutzvorkehrungen, Sicherheitsvorschriften, Haftungsregeln, Kontrollpflichten usw. verursachen alle keine direkten budgetwirksamen Kosten, belasten aber die Wirtschaft. Wenn der Staat die Risiken Einzelner oder bestimmter Gruppen reduziert, erhöht er die Risiken anderer, häufig aber sogar der zu Schützenden selbst. Beispiele für letzteres finden sich im übersteigerten Mieter- und Kündigungsschutz für Arbeitnehmer, in Schutzvorschriften also, die erst recht die Diskriminierung der Schwachen bewirken, indem diesen a priori ein Arbeitsplatz oder eine Wohnung vorenthalten wird. Indirekte Kosten übermässiger Risikoabwälzung entstehen auch als Folge der dadurch geförderten Rigiditäten und Anpassungswiderstände. Übermässiger Kündigungsschutz der Arbeitnehmer führt früher oder später zum Schutze der Unternehmen vor dem Untergang oder der Redimensionierung. Übermässiger Schutz des Mieters führt früher oder später zum Margenschutz der Vermieter, und Abschirmungen vor der Konkurrenz enden ebenso konsequent wie permanent in verkürzten Strukturen. Hinzu treten dann noch die Kosten der Bürokratie, die all diese Vorschriften zu kontrollieren, alle Regulierungen zu überwachen und alle Schutzmassnahmen zu administrieren hat.

Politische Triebkräfte

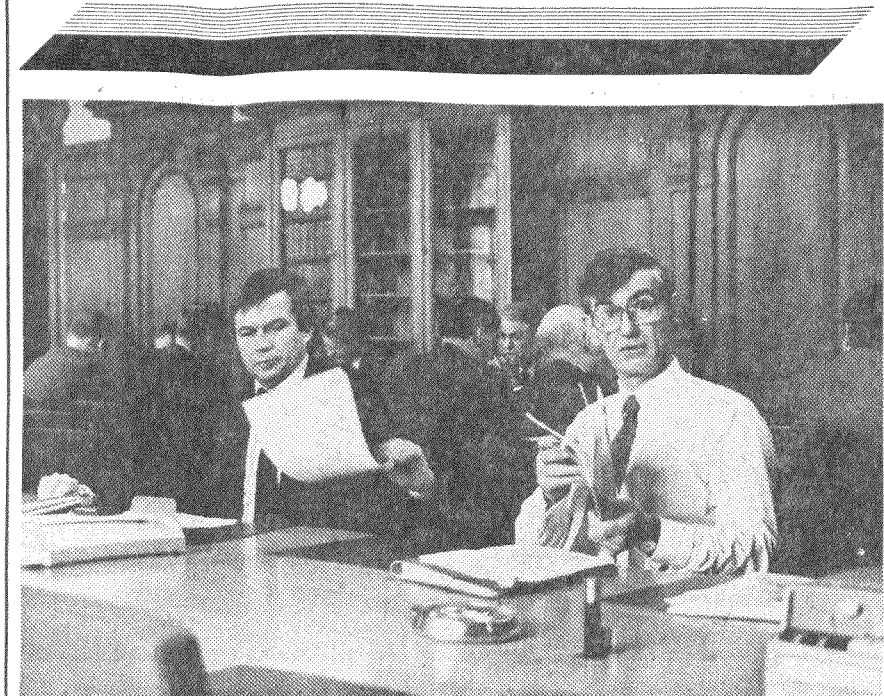
Welches sind die Triebkräfte hinter dem Trend zur Schutzgesellschaft? Sind die Lebensrisiken des modernen Menschen als Folge der zunehmenden Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse oder des technischen Fortschritts grösser geworden? Diese Frage ist wohl ziemlich eindeutig zu verneinen. Noch um die Jahrhundertwende waren die hygienisch-medizinischen Lebensrisiken, die ökonomischen Risiken der Armut, aber auch die gesellschaftlichen Risiken vor Diskriminierung oder Isolierung unver-

gleichlich höher. Der Hauptgrund muss deshalb anderswo liegen, unseres Erachtens ganz eindeutig im politischen Prozess der pluralistischen Demokratie: Wähler und Stimmbürger haben gelernt, wie man die individuellen oder gruppenspezifischen Vorteile aus öffentlichen Tätigkeiten maximiert, aber gleichzeitig den Beitrag an die daraus entstehenden Kosten minimiert. Je mehr Schutz angeboten werden, desto mehr wird nachgefragt, weil die «soziale» Schutzversicherung diejenigen nicht ausschliessen kann, die nicht (voll) zahlen, weil erhöhter Schutz die eigenen Anstrengungen zur Risikovermeidung vermindert und weil schliesslich der Schutz der einen (zum Beispiel der Landwirte) andere so stark belastet, dass sie nun ihrerseits Schutzansprüche durchsetzen (Arbeitnehmer/Konsumenten). Jede Subvention für Schutz und Sicherheit vor irgendetwas wird schliesslich von denen getragen, die überhaupt noch Risiken auf sich nehmen und so (nicht immer) Einkommen und Gewinn erzielen.

Die Illusion der «No-risk-society»

Die hoffnungsfrohe Vision einer «No-risk-society» hat sich als gefährliche Illusion herausgestellt. Nicht nur sind die Ansprüche auf Schutz und Sicherheit widersprüchlich, weil dieselbe Gesellschaft sich weigert, die Kosten dafür offen zu übernehmen, sondern einem verschleierte Finanzierungs- und Umverteilungswirrwarr – und letztlich der Inflation – überlässt. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass die sogenannte «Socketsteuerung» im wesentlichen durch derartige Kostensteigerungen bedingt ist. Nebst Inflation resultiert aber auch «Frustration».

Die tiefere Ursache für letzteres liegt wohl darin, dass es keine Null-Risiko-Gesellschaft gibt und geben kann. Im Gegenteil sucht die junge, so «beschützte» und «geschützte» Generation vermehrt wieder bewusst das Risiko – leider häufig in destruktiven Formen wie Drogen, schnellen Motorrädern oder extremen Sportarten. Mit anderen Worten: zuziell Schutz schafft Abhängigkeit, und abhängige Menschen sind nicht mehr frei. Und diese Unfreiheit schafft wieder neue Nachfrage nach staatlichen Massnahmen. Wenn die öffentliche Hand unsere Rechnungen für uns bezahlt, dann fühlt sie sich auch legitimiert, immer stärker in unser persönliches Leben einzugreifen, das heisst uns zu sagen, was wir tun dürfen und was nicht. Hier wurzelt wohl das tiefste Unbehagen gegenüber der Schutzgesellschaft mit ihren Überbetreuungs- und Bevormundungstendenzen. Die übliche Behandlung von Sozialrentnern in Heimen und Spitätern ist eine extreme Illustration dafür, wie aus der finanziellen Sicherung persönliche Abhängigkeit entsteht.



Zwei freisinnige Innerschweizer Nationalräte bei der Vorbereitung einer Fraktionssitzung: Franz Steinegger, Flüelen UR (links), sowie Dr. Georg Stucky, Zug. (Photo ruti)

Der Thurgauer Freisinn

Die regelmässigen Bezüger der Thurgauer «Freisinn»-Ausgabe erhalten für einmal die gesamt-schweizerische Ausgabe, da sie in den nächsten Tagen eine Spezialnummer in ihrem Briefkasten finden werden.

Uno und schweizerische Interessen

Zwischen Öffnung und Isolation

Starken Widerhall fanden an der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz die Ausführungen von Dr. Fred Luchsinger, ehemaligem Chefredaktor der «NZZ». Es war, wie der Referent treffend zu Recht selbst formulierte, «kein farbloser Grundanstrich». Dennoch trug seine Stellungnahme den verschiedenen Grundströmungen Rechnung. Nachstehend ein Auszug aus diesem Referat:

Welches sind gegenüber der offenkundigen Interdependenz und Verflechtung aller Staaten und ihrer einzigen universalen politischen Organisation unsere schweizerischen Interessen und leitenden Prinzipien?

Es erübrigt sich, die besondere wirtschaftliche Verflechtung der Schweiz in dieses internationale Muster eingehend darzulegen. Niemand bestreitet sie, die Fakten und Daten sind geläufig: die hochgradige Abhängigkeit unserer Industrie von den Weltmärkten, von Import und Export; das weltweite Netz unserer Dienstleistungen, unserer Finanz- und Asskuranz-Aktivitäten, unseres Tourismus, des hereinkommenden wie des ausgehenden, unser starkes wirtschaftliches Engagement in der Dritten Welt.

Auch politische Abhängigkeit

Es gibt neben der wirtschaftlichen Abhängigkeit von aussen auch eine politische, über die wir uns nicht immer genügend klar zu sein scheinen. Wir profitieren vom Politikum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – ohne Zweifel ein Politikum; und wer wollte leugnen, dass wir in hohem Masse auch von der amerikanischen-europäischen Sicherheitspolitik profitieren, der wir, seien wir ehrlich, in weit höherem Grade als unserer eigenen Verteidigungsanstrengung unsern Frieden, soweit er eben der Europas ist, verdanken. Wir profitieren von beidem, ohne uns an den solidarischen Institutionen oder andern zu beteiligen: Aus der Sicht dieser Andern ist das nicht so selbstverständlich wie aus der unsern. Da und dort geraten wir in die wenig günstig beurteilte Rolle des nichtsolidarischen Nutznießers. Wir müssen das zur Kenntnis nehmen.

In unserem schweizerischen Bewusstsein ist aber ebenso unzufrieden neben der Verflechtung mit der Welt noch ein anderes Element massgebend. Es widerstreiten sich hier zwei Tendenzen, zwei Haltungen, zwei Erfahrungen: Der Weltverbundenheit steht gegenüber ein Instinkt der Selbstbehauptung, die Notwendigkeit gegebenenfalls auch des Widerspruchs und Widerstandes gegen die Umwelt, die Vorstel-

Nicht eine neue Schlacht am Morgarten

«Ich wünsche, dass der Abstimmungskampf mit den Argumenten geführt werde, die in der Sache liegen, – nicht mit der pharisäischen Überheblichkeit über fremde Traditionen und Rassen, nicht mit den nostalgischen Emotionen eines schweizerischen Isolationismus, nicht mit dramatisch chargierten Cassandra-Warnungen, als gehe es im Falle der Annahme um den Untergang der 470jährigen Neutralitätstradition, im Falle der Verwerfung um unheilbaren Schaden am Land. Es geht nicht um die Existenzfrage, nicht um Ideologie und nicht um eine Schlacht am Morgarten, sondern um einen Ermessensentscheid, wenn auch um einen von staatspolitischer Tragweite.»

Fred Luchsinger

und zum europäischen Stillesitzen. Internationale ideologische Engagements wie im calvinischen Protestantismus oder im revolutionären Radikalismus des Vormärz im 19. Jahrhundert werden mit Rücksicht auf die Gegebenheiten zu Hause jeweils gedämpft.

Einer der drastischen Umschwünge lebt noch in der Erinnerung unserer Zeit und spielt in die Entscheidung von heute hinein: die Wendung vom Engagement in solidarischer internationaler Friedenspolitik als Mitglied des Völkerbundes zur Abwehrhaltung des bedrohten Kleinstaates nach aussen, zum helvetischen Igel, innert weniger Jahre zwischen 1933 und 1938.

Beide Elemente sind stark. Es wäre naiv, das eine als das ausschliesslich und permanent «richtige», das andere als das «falsche» zu betiteln. Beide gehören zu unserer Situation und geschichtlichen Erfahrung. Sie kennt Zeiten der Öffnung und intensiven internationalen Kommunikation, und sie kennt Zeiten der Isolierung. Die Frage, auch unsere Frage, ist, was die Zeit und Situation erfordert. Ich meine entschieden, dass dies eine Zeit und Situation der Öffnung ist.

Die «Erfolgsstory» unserer Neutralitätspolitik

In unserer Entscheidung verdichtet sich der Widerstand gegen den Uno-Beitritt, d. h. gegen ein höheres Mass an politischem Internationalismus im Neutralitätsvorbehalt. Er kann nicht als Anachronismus bagatellisiert, sondern muss in der Sache und als Politikum ernst genommen werden.

Als Politikum, weil die schweizerische Neutralitätspolitik eine «Erfolgsstory» von seltener Eindringlichkeit ist, weil sie das Land dreimal in den letzten drei aufeinanderfolgenden Generationen heil durch drei europäische Kriegskatastrophen gebracht hat, weil sie schon aus Gründen dieses Erfolgsausweises nicht preisgegeben und relativiert werden kann,

weil sie, obwohl nur ein sicherheitspolitisches Instrument und nicht einmal Verfassungsbestand, doch im Denken der Bürger tief verwurzelt, ja ein wesentliches Element unseres Staatsbewusstseins ist. In der Sache weil dieses Instrument politisch hochempfindlich ist und keine kompromittierenden Experimente verträgt, weil es der Konstanz und Konsequenz der Pflege auch im Frieden bedarf, wenn es im Konflikt, wofür es ja gedacht ist, wirksam und glaubhaft sein soll.

Hier liegt in der Tat der kritische Punkt der Auseinandersetzung. Zweifellos würden wir mit unserem Beitritt zur Uno und zu ihrer Charta der Form nach Verpflichtungen unterschreiben, die mit neutralem Verhalten nach un-

FDP-Parteitag

Der diesjährige Parteitag der FDP der Schweiz findet am

● 18./19. April

statt. Weitere Daten für ausserordentliche Delegiertenversammlungen sind

● 23. August (in Bern)
● 25. Oktober (in Bern)

serem geschärften Verständnis kaum zu vereinbaren wären und die wir jedenfalls nach dem Buchstaben nicht erfüllen könnten und auch nicht erfüllen wollen. Eine Unterschrift mit solchem innerem, nur einseitig deklariertem Vorbehalt gerät aber leicht in Konflikt mit einer nicht weniger tief verwurzelten schweizerischen Rechtsgesinnung und gilt nicht eben als des Landes Brauch. Der behördliche Hinweis (in der bundesrätlichen Botschaft), dass die neutralen Österreicher diesbezüglich keine Skrupel haben, hilft da nicht viel weiter.

Man hat seither die Kluft zwischen dem äusserlichen Solidaritätsgelöbnis und dem inneren, immerhin öffentlich bekanntzumachenden Vorbehalt etwas weiter zugedeckt, so dass sich die Frage der Vertragsehrlichkeit nicht mehr in ihrer ursprünglichen Schärfe stellt.

Politisch gewichten

Letztlich wird aber auch diese formalrechtliche – aber eben doch: rechtliche – Frage politisch zu gewichten sein: Sind die geschriebenen Solidaritätspflichten der Uno-Mitglieder politisch überhaupt real und aktuell, oder sind sie, durch die reale Entwicklung der Institutionen, längst toter, nicht wieder zum Leben zu erweckender Buchstabe geworden? In der Tat müsste man weit zurückgehen, bis man auf eine Situation stiesse, in der Neutralitätspolitik in unserem Verständnis sich mit der Uno-Mitgliedschaft, so wie sie allgemein und konkret praktiziert wird, nicht hätte vereinbaren lassen.

Die Uno-Wirklichkeit, mit der wir es zu tun haben, ist nicht vergleichbar mit den euphorischen Illusionen, die 1920 und noch manches Jahr danach den Völkerbund umgaben. Damals haben wird dem Beitritt tatsächlich neutralitätspolitische Substanz ohne gültigen Vorbehalt geopfert, die wir dann 1938, als sich in Mitteleuropa der Sturm zusammenbraute, wieder zurückfordern mussten. Zwischen jener Institution, die sich einbildete, auch Friedensbrecher von politischem Gewicht mit kollektiver Macht und Exekution wirksam abzuschrecken, und den von solchen Utopien ernüchterten Vereinten Nationen gibt es wenig praktikable Analogien. Die schweizerischen Erfahrungen mit der einen lassen kaum direkte Schlüsse auf unsere Möglichkeiten und Schwierigkeiten mit den andern zu. Wir haben uns an der Wirklichkeit von heute zu orientieren, die sich in bezug auf die Uno wohl in absehbarer Zeit nicht wesentlich ändern wird.



lung des Sonderfalles, die Erfahrung von Abschlussung.

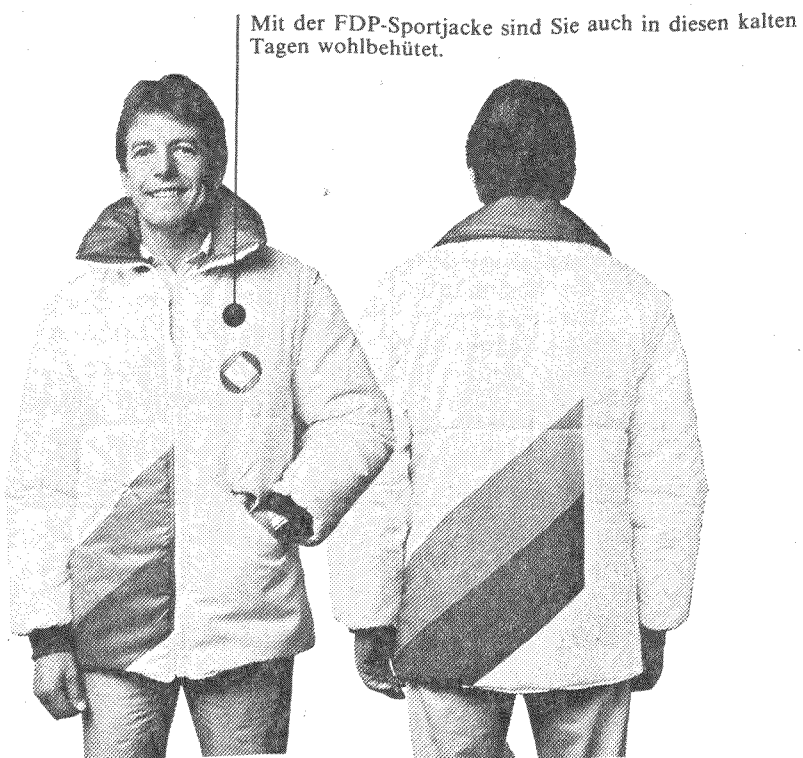
Ausgreifen und Rückwendung

Die widersprüchlichen Elemente sind durch die Geschichte der Eidgenossenschaft bis in ihre Anfänge hinein spürbar: Die Passsituation an einer wichtigen Achse des politischen und wirtschaftlichen europäischen Verkehrs und der Widerstand gegen die Absorption in einem grossräumigen Territorialstaat prägen gleichermaßen die Gründungsgeschichte. Dem hundertjährigen Abenteuer des kriegerischen Ausgreifens in europäische Machtpolitik folgt die Rückwendung auf sich selber

FDP-Sportjacke: Noch wenige Exemplare

Von den beliebten FDP-Sportjacken haben wir noch einen Restposten. Wir geben sie deshalb vergünstigt ab: statt wie bis anhin für Fr. 120.– für Fr. 50.–!

Die FDP-Sportjacke gibt warm, hat abnehmbare Ärmel und kann darum auch als Gilet getragen werden. Zwei grosse Aussentaschen und eine Innentasche machen sie praktisch. Die Jacke lässt sich problemlos in der Waschmaschine waschen. Sie ist nur noch in den Grössen S (klein) und M (mittel) erhältlich.



Mit der FDP-Sportjacke sind Sie auch in diesen kalten Tagen wohlbehütet.

Ich bestelle ... Sportjacke, Grössen S - M (gewünschte Grösse bitte einkreisen) à Fr. 50.– (plus Porto und Verpackung).

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____

Talon einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern

Lieber Leser

Es gibt diskutierenswerte Vorbehalte gegenüber einem Beitritt der Schweiz zur Uno. Es gibt bessere Argumente für einen solchen Schritt. Es ist Sache der Befürworter und Gegner, ihre Meinungen darzulegen. Es ist auch Sache der Parteien, sich, nach einem demokratisch zustande gekommenen Parolenentscheid, in positivem oder ablehnendem Sinne zu äussern. Denn solche Stellungnahmen gehören zu den ureigensten Aufgaben der Parteien.

Die FDP der Schweiz hat sich für einen Uno-Beitritt unseres Landes ausgesprochen. Mehrere Kantonalparteien teilen diese Haltung, andere plädieren für ein Nein. Es ist nicht das erste Mal für die FDP, dass die Parolenentscheide zwischen der Mutterpartei und ihren Kantonssektionen auseinandergehen. Aber in einer liberalen, föderalistisch aufgebauten Partei sind solche Divergenzen nicht zu vermeiden. Sie sollen auch nicht aufgebaut werden. Vor allem dann nicht, wenn es, wie in diesem konkreten Falle, reichlich Argumente für ein Ja wie auch ein Nein gibt.

Allerdings mutet es dann merkwürdig an, wenn Parolenentscheide nicht mehr auf Argumenten beruhen, sondern Resultat des Schielens auf die Mehrheitsmeinung ist. Dieser Politik des feuchten Fingers ist die SVP der Schweiz gefolgt. Und sie hat sich, was nicht positiv hervorzuheben ist, dieser Windfahnen-Politik noch gebrühet. Es ist jeder Partei freigestellt, auch der SVP der Schweiz, sich «volksnah» zu geben. Allerdings sollten Parteien, die ihre «volksnahe» Politik so begründen, wie es Repräsentanten der SVP der Schweiz in der Uno-Beitrittsfrage getan haben, ihre Aufgabe neu umschreiben.

Die bei der SVP der Schweiz zutage getretene Argumentation muss nachdenklich stimmen. Wo bleibt hier die Funktion der Parteien als Trägerinnen der Meinungsbildung? Oder sollen inskünftig die Parteiparolen auf Grund vorgängiger Meinungsumfragen ausgegeben werden? Dazu brauchte es keiner Delegiertenversammlungen und keiner Pro- und Kontra-Referate und Podiumsgespräche mehr. Und dann bald auch keiner Parteien mehr...

Die vorliegende «Freisinn»-Ausgabe bringt einen Rückblick auf die Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz. In Anbetracht von Freisinn-internen Ereignissen in einzelnen Kantonen und Städten verdienen die zu Geschlossenheit mahnenden Worte des schweizerischen Parteipräsidenten auf Seite 5 besonderer Beachtung.

Chr. Beusch
Chr. Beusch

Überlegungen von Ständerat Jagmetti

Asylpolitik mit fünf Problemerkisen

Zu einem der brennendsten aktuellen Probleme gehört die Asylfrage. «Der Freisinn» hat sich in den letzten Ausgaben verschiedentlich und aus unterschiedlichen Blickwinkeln dieses Themas angenommen. Nachstehend zeichnet FDP-Ständerat Prof. Riccardo Jagmetti (Zürich) fünf Problemerkisen nach:



möchte ich sagen – gescheitert. Für mich wäre der Gedanke der Globallösung für diese – nur für diese! – Kategorie von integrierten Menschen nochmals in Erwägung zu ziehen. Ich habe mir das zu sagen erlaubt, weil die Kantone sich dieser Globallösung widersetzt hatten und vielleicht eine Stimme aus dem Ständerat die richtige Quelle ist, um noch einmal das Problem zur Diskussion zu stellen.

Probleme des Nord-Süd-Dialogs

Die vierte Kategorie sind für mich die Benachteiligten, Menschen aus Entwicklungsländern, vielleicht auch aus Schwellenländern, die aus Not zu uns kommen oder auch nur zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation. Wir sind uns hier zweifellos alle bewusst, dass dieses Problem nicht mit dem Asylgesetz gelöst werden kann. Das ist kein Flüchtlingsproblem, sondern ein Problem des Nord-Süd-Dialogs, für das wir eine andere Lösung su-

Schritt nach vorn in der Krankenversicherung

Stärkung der Eigenverantwortung

Bundesämter können mitunter auch für positive Überraschungen sorgen, so etwa dieser Tage das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV). Dieses hat eine Verordnungsänderung zwecks Einführung einer abgestuften Jahresfranchise in der Krankenversicherung in die Vernehmlassung geschickt. Eine Forderung, die von der FDP schon längst erhoben wurde.

Angesichts der festgefahrenen Situation in bezug auf die Revision des Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetzes sowie das sogenannte Sofortprogramm (das Attribut «sofort» ist reichlich schönfärbisch) ist dieser Schritt zu begrüssen. Nach der heute bestehenden Regelung – sie stammt aus dem Jahre 1973 – bezahlt der Patient im ambulanten Bereich einen Selbstbehalt von zehn Prozent seiner Arztrechnung, mindestens aber eine Franchise von 30 Franken, die bei längerer oder wiederholter Behandlung quartalsweise zu entrichten ist. Neu soll nun erstmals eine Jahresfranchise von 100 Franken, für gut situierte Versicherte eine solche von 200 Franken, erhoben werden, unter Aufrechterhaltung des Selbstbehaltes von zehn Prozent. Zweitens soll die Möglichkeit ge-

chen müssen. Wir werden diese als Schweizer auch zweifellos nicht allein finden. Hingegen sehe ich, dass hier der Delegierte eine wichtige Aufgabe hätte, indem er das Gespräch mit dem Departement für auswärtige Angelegenheiten führen sollte. Meines Erachtens wäre hier unsere Aussenpolitik aktiver zu gestalten.

Nein zu «Asyltouristen»

Schliesslich die fünfte Kategorie: die Asyltouristen, Menschen, die ohne irgendeinen echten Grund zu uns kommen, sondern hier einfach eine bessere Lebenssituation suchen, zum Teil auch mit Hilfe von Schieborganisationen und unter anderen unschönen Umständen bei uns landen. Da müssen wir ganz klar die Grenze ziehen und solche Leute nicht einfach mit einem nicht begründeten Verständnis bei uns aufnehmen. Die einmalige Befragung durch eine kantonale Behörde reicht hier meines Erachtens aus, um diesen Personen rechtliches Gehör zu gewähren. Ich freue mich, dass der Bundesrat bei der Revision der Asylverordnung die Befragung zu den beiden Kernfragen ausdrücklich fixiert hat. Es ist zweifellos besser, das werde in einer Verordnung festgelegt als in einer blossen administrativen Weisung. Damit ist auch dem rechtsstaatlichen Anspruch dieser Personen Genüge getan, und ich glaube, dass wir auf diesem Wege zu einer vernünftigen Lösung kommen können. – Die Bildung von fünf Kategorien ist natürlich eine Vereinfachung, und sie vereinfacht das Problem als solches nicht; aber sie zeigt dessen Breite.

Abstimmungspareole der FDP der Schweiz für den Urnengang vom 16. März

Uno-Beitritt

JA

die Jahresfranchise von 100 beziehungsweise 200 Franken, ist umstritten. Der Anreiz, wegen dieser Franchise in Bagatellfällen nicht sofort den Arzt aufzusuchen, wird wohl leicht zunehmen. Der daraus resultierende kostensparende Effekt dürfte allerdings nicht überwältigend sein, wird doch heute selbst bei einer medizinischen Bagatelle die 100-Franken-Schwelle relativ rasch überschritten.

Der zweite Teil der Vorlage – freiwillig höhere Franchise, dafür tiefere Prämie – kann hingegen als recht attraktiver Sparanreiz bezeichnet werden. Bei einer Festsetzung der Jahresfranchise beispielsweise auf 300 Franken winkt immerhin eine Prämienreduktion von 10%. In diesem Fall muss der Patient also Rechnungen unter 300 Franken selbst bezahlen, wodurch die Schwelle zum Arztbesuch spürbar erhöht werden dürfte. Generell ist somit tatsächlich ein dämpfender Einfluss auf die Nachfrage nach ambulanten medizinischen Leistungen zu erwarten. In ihrer Grundidee geht diese Bestimmung in Richtung einer sogenannten Grossrisikoversicherung, die nur noch grosse, mithin existenzgefährdende Risiken abdeckt.

An ein Grundproblem herangetastet

Mit dieser angestrebten Änderung wird ein Postulat der damaligen «Nationalen Sparkonferenz im Gesundheitswesen» aus dem Jahre 1983 aufgenommen. Endlich tastet man sich mit dieser Massnahme an eines der Grundprobleme in unserem Gesund-

heitswesen, die fehlenden Sparanreize, heran. Man darf sich allerdings nicht der Illusion hingeben, damit seien die Probleme der Kostenexpansion gelöst. Es handelt sich wohl um einen ersten Schritt in die richtige Richtung, neben anderen Massnahmen müssen aber weitere Sparanreize folgen, insbesondere auch auf der Angebotsseite (Ärzte, Spitäler usw.) sowie bei den Krankenkassen, wobei sich hier mutmasslich allerdings grössere Widerstände regen dürften. Derartige Anreize können übrigens nicht zuletzt auch über Intensivierungen des Wettbewerbes herbeigeführt werden.

Das Vorpellen des Bundesamtes für Sozialversicherungen ist alles in allem positiv zu beurteilen, gilt es doch, die verhärteten Fronten in der Kostendiskussion im Gesundheitswesen aufzuweichen. Sollte dieses Vorgehen zudem ein Anzeichen dafür sein, dass man sich an zuständiger Stelle dazu durchgerungen hat, auch in Zukunft in die angegedeutete Richtung zu marschieren, so wäre dies doppelt erfreulich.

Kauf und Verkauf von Liegenschaften ist Vertrauenssache. Wir beraten Sie fachgerecht: Mit uns reden lohnt sich.

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN
SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
TEL. 01 3161333, TELEX 822621 (SBM)

Wer trinkt, wird alt – wer säuft, stirbt bald

Deutsches Sprichwort

Wer den Wein, dieses köstliche Naturgeschenk, im Übermass zu sich nimmt, der weiss ihn nicht richtig zu schätzen. Der echte Weinfreund aber erkennt, dass sich ihm dieses edle Getränk im bedächtigen, massvollen Genuss voll offenbart. Ihm ist aber auch jede Flasche schon lieb, lange bevor er sie entkorkt: wenn er sie sorgfältig auswählt und liebevoll in seinem Keller bettet.

Für jeden Weinfreund sind wir gerne tätig. Ihm gehört unsere Generation langer Erfahrung (unser Haus ist seit über 200 Jahren dem Wein verbunden).

Rufen Sie uns an Tel. (043) 21 20 81), oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wi-Büchli» – eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

**St.-Jakobs-Kellerei
Schuler & Cie. AG
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse
6423 Seewen Schwyz**



**SCHULER-WEINE
ST JAKOBSKELLEREI**
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Beratung, Kauf und Verkauf.

Wir befassen uns täglich mit dem Kauf und Verkauf von Liegenschaften. Wir sind somit ständig im und am

Markt, was uns in die Lage versetzt, für unsere Auftraggeber sicher und schnell zu handeln.

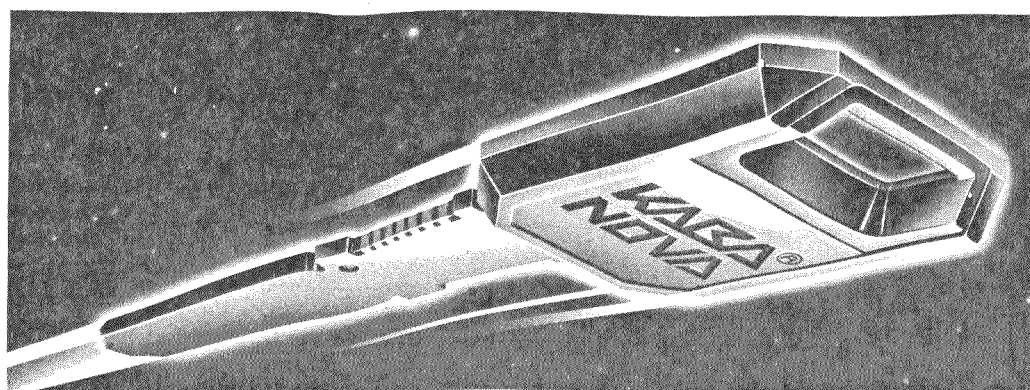
Wir beraten Sie fachgerecht: Mit uns reden lohnt sich

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich,
Telefon 01/316 13 33

KABA NOVA - der Schlüssel mit der elektronischen Sicherheit.



Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, so verlangen Sie Unterlagen bei

**BAUER
KABA**

Bauer Kaba AG
Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach
CH-8620 Wetzikon 1
Telefon: 01/931 61 11
Telex: 875481
Telefax: 01/931 63 85

Fortsetzung von Seite 1

sammen mit der Landesregierung einige besonders schwierige Probleme zu lösen. Man denke bloss an Stichworte wie Umwelt- oder Asylfrage. In beiden Bereichen haben sich die vier Bundesratsparteien gemeinsam auf einer Ebene treffen können.

In der Asylfrage geht es darum, eine menschlich verantwortbare, die humanitäre und liberale Tradition unseres Landes berücksichtigende Lösung zu treffen, die Vollzugsprobleme zu meistern und dem Zustrom unechter Asylanten möglichst Einhalt zu gebieten.

Unterstützung für Bundesrätin Kopp

Die Glaubwürdigkeit unserer Asylpolitik, die echt politisch Verfolgten Schutz bieten soll, verlangt andererseits den konsequenten Vollzug einmal gefällter Entschiede. In unserer rechtsstaatli-

chen Demokratie gibt es kein Widerstandsrecht gegen die Asylpolitik unserer Behörden, auch kein Kirchenasyl. Es geht nicht an, unsere demokratisch beschlossene Ordnung, wie es einige vermeintliche Anwälte der Asylanten tun, in einen Gegensatz zu den Menschenrechten zu stellen. Weder missachten Parlament und Bürger die Grundvorstellungen der Gerechtigkeit noch gibt es in unserer Demokratie ein Widerstandsrecht. Wer das nicht respektiert, schafft gerade jenen Gruppierungen in die Hände, die eine rigorose und undifferenzierte Abweisungspolitik fordern.

Ich versichere unserer Bundesrätin Elisabeth Kopp, dass Parteileitung und Fraktion den von ihr eingeschlagenen Weg in der Asylfrage teilen. Wir wissen, dass sie unter einem enormen Erwartungsdruck steht. Bei der Bewältigung ihrer nicht leichten Aufgabe kann sie auf unsere Unterstützung zählen.

Mahnende Worte des Parteipräsidenten

An der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz, Nationalrat Dr. Bruno Hunziker, auch zu den jüngsten Wahlen Stellung und rief die Freisinnigen zu Geschlossenheit auf:

«Bis zu den nächsten eidgenössischen Wahlen sind es nur noch etwas mehr als eineinhalb Jahre. Wir Freisinnigen haben uns bereits heute darauf vorbereiten. Und wir haben einiges zu verteidigen. Wir stellen die grösste Fraktion auf eidgenössischer Ebene und sind die Partei mit dem grössten Wähleranteil. Daraus ergibt sich ein klarer und unmissverständlicher Führungsauftrag.

Allerdings, und hier kommt eine Einschränkung: Wir Freisinnigen haben nicht die absolute Mehrheit. Wir sind zum Regieren auf Partner angewiesen. Unter diesen Voraussetzungen können wir nicht immer unsere Idealvorstellung durchzusetzen. Wir sind zu Kompromissen gezwungen. Zudem ergeben sich in unserem Vielparteienstaat häufig wechselnde Mehrheiten, die sich von Fall zu Fall herausbilden. Trotzdem oder deshalb erst recht versuchen wir Freisinnigen, unseren längerfristigen Grundlinien der Politik zum Durchbruch zu verhelfen.

Wir haben in den letzten Jahren erfreuliche Erfolge erzielt, und in den meisten Fällen konnten wir das erreichte hohe Niveau halten. Leider nicht immer in allen Fällen. Dennoch: Bis heute halten sich Gewinne und Verluste etwa die Waage.

Erfolge bergen allerdings auch Gefahren in sich. Und diese sind uns in den letzten Wochen deutlich vor Augen geführt worden. Es beginnen sich

interne Sonderinteressen zu artikulieren. Wir Freisinnigen haben schon immer unsere Flügel gehabt. Und als Liberale sind wir stolz darauf, dass wir diese Flügel mit unterschiedlichen Optionen haben und diese auch innerparteilich verkräften können. Denn im Gegensatz zu anderen Parteien, die nur noch Flügel haben, verfügen wir über einen grossen, stabilen Rumpf, der uns auch in parteipolitischen Stürmen nicht von unserem liberalen Kurs abbringt.

Dennoch müssen auch wir uns davor hüten, Abenteuer einzugehen und umstrittene Coups zu lancieren. Dies könnte sich allzuleicht als Bumerang erweisen. In Flussnähe, ich denke an Rhone, Aare und Limmat, kann man leicht nass werden. Ich rufe deshalb zum Zusammenstehen und zu kluger Weitsicht auf. Denn wenn Sonderinteressen verfolgt werden, leidet die Geschlossenheit darunter und damit der Wille zu einer konsequenten freisinnigen Politik.

Es geht hier nicht darum, Kantonal- oder Lokalparteien zu schulmeistern, ihnen von «Bern» her dreinzureden. Die Mutterpartei lässt ihren Töchtern, wie es liberaler Art entspricht, ihre Freiheit und Selbstständigkeit. Sie vertraut allerdings darauf, dass auch in schwierigen und emotionsgeladenen Situationen den freisinnigen Grundsätzen wie auch der Qualität der Kandidaten die wichtigste Bedeutung zukommt und dass sowohl die parteiinterne Ausmarchung als auch der Wahlkampf selbst ebenfalls in liberalem Geist, d. h. mit Fairness und Toleranz, ausgetragen wird.»

Für gerechtere Bundessteuern – gegen Mehrbelastungen

Die Einkommenssteuer des Bundes wird auf Grund eines sehr steilen Tarifs erhoben. Dieser wurde in den siebziger Jahren noch zweimal verschärft. Für die Verheirateten und die Alleinstehenden gilt ein Einheitstarif. Den höheren Lebenshaltungskosten der Ehepaare und Familien gegenüber einem Alleinstehenden mit den gleichen Einkünften wird nur ungenügend Rechnung getragen. Besonders benachteiligt sind berufstätige Ehepaare. Wegen der steilen Progression liefern sie bis zu 150 Prozent mehr Bundessteuern ab als ein unverheiratetes Paar mit dem gleichen gemeinsamen Einkommen.

Hier muss Abhilfe geschaffen werden. Die FDP-Steuerinitiative sagt wie:

- Einerseits durch erhöhte Sozialabzüge, die vor allem die tieferen Einkommen entlasten.
- Andererseits durch einen milderen Tarif für die Verheirateten, der vor allem den mittelständischen Einkommen zugute kommt, bei denen die Progression am steilsten verläuft.
- Die Alleinstehenden werden nicht mehr belastet. Sie profitieren insofern von der Initiative, als diese eine weitere Verschärfung der Progression, wie der Bundesrat sie vorgeschlagen hat, verhindert.

Die Initiative ist umgekehrt massvoll. Sie hält die Einnahmehausfälle des Staates in verkräftbaren Grenzen, wenn Verwaltung und Parlament haushälterisch mit dem Geld umgehen. Die Einnahmen aus den Einkommenssteuern des Bundes haben sich nämlich seit 1970 versechsfacht. Ein ausgeglichener Haushalt ist daher über eine verbesserte Ausgabendisziplin zu erreichen.

Die FDP-Volksinitiative für ehe- und familiengerechtere Bundessteuern mildert Ungerechtigkeiten, die das Bundesgericht klar und deutlich als verfassungswidrig bezeichnet. Sie ist darüber hinaus eine wichtige Weichenstellung zur Erhaltung und Erreichung einer massvollen Steuerbelastung für alle.

Unterschreiben deshalb auch Sie die Initiative und fordern Sie Verwandte und Bekannte zum Unterzeichnen auf!

EIDGENÖSSISCHE VOLKSINITIATIVE FÜR EHE- UND FAMILIENGERECHTERE BUNDESSTEUERN

Im Bundesblatt veröffentlicht am 3. September 1985

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 121 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

I Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 41ter Abs. 5 Bst. c vierter Satz (neu)

Bei der Festsetzung der Tarife und Abzüge für die natürlichen Personen ist den Lebenshaltungskosten der Familien angemessen Rechnung zu tragen.

II Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 8

1 Unter Vorbehalt von Bundesgesetzen im Sinn von Artikel 41ter bleiben die am 31. Dezember 1988 geltenden Bestimmungen über die Warenumsatzsteuer, die direkte Bundessteuer und die Biersteuer mit den nachstehenden Änderungen in Kraft.

2 Bei der direkten Bundessteuer gelten für die nach dem 31. Dezember 1988 beginnenden Steuerjahre folgende Bestimmungen:

- a. Für Verheiratete sowie für verwitwete, geschiedene oder ledige Steuerpflichtige, die zusammen mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen einen Haushalt führen, sind vier Fünftel des steuerbaren Einkommens für den Steuersatz massgebend. Bei diesen Steuerpflichtigen entfallen die Prozentermässigungen auf dem Steuerbetrag, soweit sich dadurch nicht höhere Belastungen als aufgrund des bisherigen Rechts ergeben.
 - b. Der Abzug für jedes Kind wird um einen Viertel gegenüber dem bisherigen Recht erhöht.
 - c. Der Abzug vom Erwerbseinkommen des zweitverdienenden Ehegatten wird auf einen Fünftel dieses Einkommens, höchstens aber auf fünf Viertel des nach bisherigem Recht geltenden Abzuges heraufgesetzt. Der nach bisherigem Recht geltende Abzug bleibt gewährleistet.
- 3 Der Bundesrat passt den Beschluss über die direkte Bundessteuer den Änderungen in Absatz 2 an.
- 4 Aufgehoben

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Der Bürger, welcher das Begehren unterstützt, unterzeichne es handschriftlich. Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton _____ Politische Gemeinde, PLZ: _____

Nr.	Name (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname	Geburtsjahr	Wohnadresse (Strasse, Hausnummer)	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					
11					
12					

Ablauf der Sammelfrist: 3. März 1987

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die (Anzahl) _____ Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

_____, den _____

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Amtsstempel

Das Initiativkomitee, bestehend aus den nachstehenden Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit einfacher Mehrheit vorbehaltlos zurückzuziehen:

Bruno Hunziker, Nationalrat, Gotthelfstrasse 33, 5000 Aarau (Präsident); Robert Duret, Ständerat, Rue Joseph-Girard 21, 1227 Carouge; Susi Eppenberger, Nationalrätin, Wasserbrugg, 9650 Nesslau; Massimo Pini, Nationalrat, 6576 Gerra Gambarogno; Jean-Jacques Cevey, Nationalrat, Avenue Belmont 41, 1820 Montreux; Othmar Andermatt, Ständerat.

Frohburgweg 16, 6340 Baar; Ulrich Bremi, Nationalrat, Alte Landstrasse 48, 8702 Zollikon; Franco Masoni, Ständerat, Via Zurigo 10, 6901 Lugano; Vreni Sperry, Nationalrätin, Claridenstrasse 3, 8810 Horgen; Hans Rudolf Leuenberger, Generalsekretär, Ländtstrasse 3, 2502 Biel.

Weitere Listen können unentgeltlich bestellt werden beim Schweizerischen Initiativkomitee für ehe- und familiengerechtere Bundessteuern, Postfach 2642, 3001 Bern (Telefon [031] 22 34 38).



Ganze Liste – vollständig oder teilweise ausgefüllt – bitte einsenden an: Initiativkomitee für ehe- und familiengerechtere Bundessteuern, Postfach 2642, 3001 Bern.

Abonnieren Sie die «Politische Rundschau»

Kennen Sie die «Politische Rundschau», die Vierteljahresschrift der FDP der Schweiz? Wenn nicht, stellen wir Ihnen gerne gratis ein Probeexemplar zur Verfügung.

Einsenden an Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Ich wünsche

- Probeexemplar der «Politischen Rundschau» (gratis)
- die «Politische Rundschau» zu abonnieren (Abonnementspreis für Mitglieder der FDP Fr. 16.–, für Nichtmitglieder Fr. 18.–)
- Parteimitglied
- Nichtmitglied

Name _____

Strasse _____

PLZ, Wohnort _____

Datum, Unterschrift _____

Die Meinung von Bundesrätin Elisabeth Kopp

«Vorsicht nicht mit Ängstlichkeit verwechseln»

Viel Beachtung fand die Stellungnahme von Bundesrätin Elisabeth Kopp an der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz zur Uno-Bertragsfrage. Nachstehend zwei Auszüge aus ihrem Referat:

In der Abstimmungskampagne wird an der Weltorganisation heftige Kritik geübt und verlangt, die Schweiz solle diesem «unerfreulichen Verein» fernbleiben. Nun, die Uno ist höchst unvollkommen und mit grossen Fehlern und Mängeln behaftet. Als bloss diplomatische Verhandlungsrunde kann sie nicht besser sein, als die Staaten, die sich daran beteiligen. Aber dies sind Staaten dieser Welt, mit denen wir so oder so zusammenleben müssen, und somit scheint mir die Frage, ob die Uno gut oder schlecht sei, für den Beitrittsentscheid nicht besonders hilfreich. Die Frage muss vielmehr lauten: Kann die Schweiz ihre legitimen Interessen besser innerhalb oder ausserhalb der Uno verteidigen? Kann die Schweiz ihrer Verantwortung besser innerhalb oder ausserhalb der Uno nachkommen? Kurzum, kann sich die Schweiz besser innerhalb oder ausserhalb der Uno treu bleiben? Dies ist die angemessene und entscheidende Fragestellung. Der Bundesrat spricht sich für ein klares Ja zur Mitarbeit aus.

Lassen wir uns nicht von Wunschen leiten, seien wir Realisten und erwarten wir von der Uno nicht, was sie nicht leisten kann. Mit einer Schwarzweissabbildung ohne Zwischentöne und Farbnancen werden wir der Uno aber nicht gerecht. Wir übersehen sonst, was die Uno an Leistungen erbringt. Die Uno ist keine Weltregierung. Sie hat weder die Legitimation noch die Machtmittel, um Gesetz und Ordnung auf der ganzen Welt durchzusetzen. Erwarten und verlangen wir also nichts Falsches und Unmögliches von ihr. Trotzdem dürfen wir ob der vielfach berechtigten Kritik nicht die Bedeutung der Uno für die heutige Welt und ihr breites Wirken übersehen. Zwar kann die Uno kein *Garant* für den Frieden sein; sie ist aber ein wichtiger *Faktor* für den Frieden.

Man bewertet einen allfälligen schweizerischen Uno-Bertritt oft als ein Abgehen von der bisherigen, bewährten Aussenpolitik und als einen Schritt in unbekanntes Neuland. Das ist nun gewiss falsch. Im Gegenteil. Die Vollmitgliedschaft wäre nur der letzte, logische Schritt einer seit langem erfolgreich geübten Praxis. Trotz dem anfänglichen Fernbleiben von den Kern-Organen bewertete der Bundesrat die Uno bereits 1945 als so wichtigen weltpolitischen Faktor, dass er eine enge Zusammenarbeit mit ihr aufbaute.

In der Folge entsandten wir einen Beobachter nach New York und sind praktisch allen Sonderorganen und Spezialorganisationen beigetreten.

Die Uno machte aber seit ihrer Gründung wichtige und folgen-

schwere Änderungen mit: Aus der ursprünglichen Siegerkoalition entwickelte sie sich zu einer universellen Organisation, und gleichzeitig ist das System der verschiedenen Unterorganisationen zu einer Einheit zusammengewachsen, in dem die Generalversammlung immer mehr eine Schlüsselrolle spielt. Beides hat die Stellung und den Einfluss des Beobachters stark eingeschränkt.

Flüchtlingsprobleme international lösen

Uno-Bertritt und Asylantenfrage

«Gerade unser Kleinstaat, der zwar militärisch neutral ist und bleiben muss, wirtschaftlich und kulturell mit der übrigen Welt aber eng verflochten ist, sollte seine Zukunft nicht in der zunehmenden Isolierung, sondern in einer begrenzten Mitverantwortung und Mitbestimmung in internationalen Organisationen und in einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit suchen.» Diese Ansicht vertritt der designierte Delegierte des Bundesrates für das Flüchtlingswesen, der Winterthurer FDP-Stadtrat Peter Arbenz. Seine Begründung für diese Aussage:

Von den Gegnern eines Beitritts wird oft auf die Unvollkommenheit der Vereinten Nationen hingewiesen, und es werden zahlreiche Beispiele ihres Versagens aufgezählt. Man wird auch nicht müde zu behaupten, die schweizerische Neutralität würde durch einen Vollbeitritt ernsthaft in Frage gestellt. Diese Problematik wird je länger, je mehr ins Zentrum der Gegenargumente gerückt. Dabei ist die Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität überhaupt nicht anzuzweifeln, sie ist Voraussetzung für einen allfälligen Beitritt. Ob dieser Kontroverse werden leider wichtige andere Probleme übersehen.

Unsere Interessen in der Uno besser vertreten

So fragt man zum Beispiel zu wenig danach, ob unsere aussenpolitischen Anliegen und Interessen als Uno-Mitglied nicht sogar besser verfolgt werden könnten. In jedem Fall ist aber in Erinnerung zu rufen, dass wir heute schon Mitglied von zahlreichen Spezialorganisationen der Uno sind und dort an der Lösung weltweiter Probleme, die auch uns betreffen, mitbeteiligt sind. Die Leistungen all dieser Spezial- und Unterorganisationen der Uno sind heute kaum mehr wegzudenken.

Flüchtlinge: Humanitäre ...

Da ist zum Beispiel das Hochkommissariat der Uno für die Flüchtlinge (UNHCR), an dessen Spitze kürzlich der Schweizer Jean-Pierre Hocké gewählt wurde, nach den Botschaftern August

Die durchgängige Interessenvertretung wird immer schwieriger.

Die Logik des gesunden Menschenverstandes verlangt deshalb, dass wir nicht weiter dem Verhandlungstisch fernbleiben, an dem auch unsere Angelegenheiten besprochen werden. Wir können den Schritt um so zuversichtlicher tun, als wir auf Grund unserer jahrzehntelangen Mitarbeit wissen, mit wem wir es zu tun haben.

Die Vorsicht ist ein notwendiger Ratgeber in allem menschlichen Handeln, auch in der Aussenpolitik. Aber verwechseln wir Vorsicht nicht mit Ängstlichkeit. Die Vorsicht öffnet den Blick, die Ängstlichkeit aber macht blind für die Realitäten und unsere Entwicklungschancen. Ich sehe keinen Grund, warum die Schweiz weniger selbstgewiss auf der Landsgemeinde der Welt ihre Interessen verfechten sollte als alle anderen Staaten des Globus.



Lindt und Felix Schnyder der dritte Schweizer in diesem hohen Amt. Bekanntlich sind wir heute mit weltweiten Flüchtlingsbewegungen konfrontiert. Menschen verlassen ihre Heimat wegen politischer Verfolgung, wirtschaftlicher Not oder Naturkatastrophen; sie bedürfen der Hilfe.

Das UNHCR unterstützt diese Menschen in der Regel am Ort, wo das Elend entstanden ist. Ohne diese Tätigkeit würden die weiträumigen Flüchtlingsströme noch stärker anschwellen und möglicherweise auch die Schweiz in höherem Masse betreffen. Schon diejenigen Flüchtlinge, die heute bei uns um Asyl nachsuchen, können wir nicht alle aufnehmen. Viele von ihnen werden nach Hause zurückkehren müssen und benötigen Unterstützung für ihre Wiedereingliederung. Für die

Neues aus der JBS

Uno: Ein Ja der Jungen

Der Vorstand der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) organisierte bereits im Frühjahr 1983 einen Kongress mit dem Thema «Uno-Bertritt der Schweiz». Brigitte Bolli erläutert die Haltung der JBS, deren Vizepräsidentin sie ist, zur Uno-Bertragsfrage:

Die Jungliberalen aus der ganzen Schweiz haben damals Gelegenheit erhalten, nach einleitenden Pro- und Kontrareferaten in drei Arbeitsgruppen die Themen «Schweizerische Aussenpolitik», «Neutralität» und «Wirtschaftliche Aspekte» vertieft zu diskutieren. Eine Mehrheit der anwesenden Delegierten bekannte sich bei der abschliessenden Abstimmung für einen Beitritt der Schweiz zur Uno. Diese Stellungnahme wurde in der Folge auch in das Aktionsprogramm der JBS aufgenommen.

Gemeinsam Probleme lösen

Die grossen Probleme des 20. Jahrhunderts haben weltweite Dimensionen angenommen. Sie können nicht mehr nur in einem Land gelöst werden, sondern die internationale Zusammenarbeit auf allen Ebenen ist eine Notwendigkeit geworden. Aus dieser Einsicht heraus versucht auch die JBS immer wieder, im Gespräch mit den in der IFLRY (International Federation of Liberal and Radical Youth) zusammengeschlossenen Organisationen Probleme zu analysieren und politische Lösungen zu suchen. Den Vertretern der JBS bei den IFLRY wird durch diese Arbeit bewusst, dass andere Länder zum Teil die gleichen Fragestellungen haben, die gleichen Aufgaben lösen müssen.

Bei jeder internationalen Zusammenarbeit geht es aber nicht nur um das gemeinsame Suchen nach Lösungen. Ebenso wichtig sind auch Beseitigung von Missverständnissen, von Vorurteilen und die friedliche Beilegung von Konflikten. Bei den heutigen komplexen Problemen darf kein Land mehr nur für sich allein sorgen und sich auf den Standpunkt stellen, dass es ihm ja gut geht und es sich deshalb nicht um den Rest der Welt kümmern muss.

Uno-Forum der weltweiten Zusammenarbeit

Die Uno ist heute ein Forum der weltweiten Zusammenarbeit in al-

erfolgreiche Durchführung solcher Programme ist unser Land auf internationale Zusammenarbeit auch mit den Organen der Uno angewiesen.

... und politische Aktionen

Mit den Massnahmen der humanitären Flüchtlingshilfe bekämpfen wir jedoch lediglich die Symptome. Die politischen Ursachen werden dadurch nicht beseitigt. Um dies zu erreichen, müssen wir der Uno als Vollmitglied beitreten. Dann können wir unsere Stimme auch in den Kommissionen, in der Generalversammlung

allen Bereichen des internationalen Lebens. In ihr werden die Bemühungen der Staaten zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und humanitären Bereich aufeinander abgestimmt. Sie beschäftigt sich vor allem auch mit Fragen der Menschenrechte, der Umwelt, der Gleichstellung von Frau und Mann, der Kultur, der Arbeit und des Friedens. Dies sind alles Fragen, welche die Jugend beschäftigen, denn es handelt sich hier um Zukunftsprobleme der Menschheit. Die jungen Menschen von heute sind die Erwachsenen von morgen und sie sind demnach von all den Entscheidungen der Uno in diesen Bereichen direkt betroffen. Sie möchten deshalb, dass die Schweiz an der Gestaltung der Welt teilnimmt. Ist es so unverständlich, dass sie aus diesem Grund eine volle Mitsprache und Mitentscheidung der Schweiz in der Uno fordern?

Für eine umfassende Teilnahme

Die Schweiz hätte dank ihrer politischen Kultur in der Uno sehr viel zu sagen. Es genügt aber nicht, nur in ihren Neben- und Spezialorganisationen mitzureden, denn je länger, je mehr werden die Richtlinien für ihre Tätigkeiten in der Generalversammlung festgelegt. Sie spielt eine immer zentralere Rolle und trifft grundsätzliche Entscheide, die als Empfehlungen für die Arbeiten der übrigen Organisationen und Konferenzen gelten. Eine Teilnahme am umfassenden und ständigen Verhandlungsprozess der Uno ist für die Schweiz notwendig.

Weltweite Probleme können nur gelöst werden, wenn alle Staaten ihre Kräfte zusammenschliessen und Solidarität beweisen. Dass es weltweite Probleme gibt, die dringend gelöst werden müssen, wenn auch die nächsten Generationen friedlich auf der Erde leben wollen, wird wohl niemand in Frage stellen.

und allenfalls im Sicherheitsrat erheben. Wir wären dort zwar nur eines von 160 Mitgliedern; ein Mitglied aber, das gerade wegen seiner humanitären Tradition und seiner dauernden Neutralität glaubwürdig auftreten könnte.

Wir Schweizer sind eine politische Nation. Wir sind aufgerufen, vermehrt auch international politisch mitzudenken und zu handeln. Wir sollten im eigenen Interesse günstige Voraussetzungen schaffen, damit wir unsere internationalen Aufgaben besser erfüllen können. Ein Beitritt zur Uno ist ein Schritt in diese Richtung.

Unsere Spezialität:
Vermögensverwaltung –
persönlich,
leistungsbezogen,
integral.

Unsere Anlagepolitik:
Traditionell schweizerisch –
weltweit orientiert.

BANK VONTOBEL
Zürich

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich
Tel. Bank: 01/488 7111 Tel. Börse: 01/211 82 70
Telegramm: CAPBANK Telex: 812306

Neue Vivisektionsinitiativen eingereicht bzw. lanciert

Zwängerei und Tierschutz

Kürzlich ging die Meldung durch die Presse, die wuchtig entschiedene Vivisektionsabstimmung sei noch nicht rechtskräftig, weil noch Beschwerden hängig sind. Da wird sich mancher Staatsbürger die Frage gestellt haben, wie es in dieser Angelegenheit weitergehen soll. Der folgende Beitrag fasst die gegenwärtige Situation zusammen.

Das Schweizervolk ist zur Tierschutzfrage zum erstenmal 1978 an die Urnen gerufen worden, als die Genfer Liga gegen Vivisektion das Referendum gegen das neue Schweizer Tierschutzgesetz ergriffen hatte. Das Urteil der Stimmbürger fiel deutlich genug aus: das Tierschutzgesetz wurde mit 81,7 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen. Aber bereits zuvor hatte es zahlreiche kantonale Urnengänge gegeben, deren Inhalt dieselbe Frage war.

Konkurrenz

Im September 1981 reichte Franz Webers Verein Helvetia Nostra die Volksinitiative «für die Abschaffung der Vivisektion» ein. Der Schweizer Tierschutz, dem diese Initiative zu radikal war, stellte 1985 seine eigene Initiative, «Weg vom Tierversuch», vor. Viele sahen darin ein Anzeichen für die Rivalität zwischen Tierschutzorganisationen im Kampf um beitragszahlende Mitglieder.

Die Initiative Franz Webers wurde am 1. Dezember 1985 vom Schweizervolk mit 70,5 Prozent Nein-Stimmen wuchtig verworfen. Diese zweite krasse Niederlage innerhalb von sieben Jahren brachte die Antivivisektierer jedoch noch immer nicht zur Vernunft. Den Abstimmungsausgang schrieb Franz Weber der «mörderischen Kampagne» seiner Gegner zu, obwohl die «Neue Zürcher Zeitung» in ihrem Abstimmungskommentar neben vielen anderen Kritikern des demagogischen Stils Webers zur Feststellung gelangte, die Zurückhaltung dieser Gegner sei so weit gegangen, «dass man jedenfalls in Zürich zuletzt beinahe hätte meinen können, die Befürworter beherrschten samt Derrick und anderen fragwürdigen Helfershelfern das Feld».

Proteste und Beschwerden

Gegen die bundesrätliche Informationspolitik und besonders die

Fernsehansprache von Bundesrat Kurt Furgler hatte Ines Torelli bereits zwei Tage vor der Abstimmung protestiert. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats hat diese Aufsichtsbeschwerde an den Bundesrat zur Stellungnahme weitergeleitet. Sie kann allenfalls Kritik am Vorgehen des Bundesrats üben, verfügt jedoch über keine Rechtsmittel.

Gleichfalls noch nicht entschieden ist die Abstimmungsbeschwerde eines Bürgers, der kritisiert, dass mit einer «riesigen Abstimmungspropaganda der chemischen Industrie der Wille des Stimmbürgers beeinflusst» worden sei. Der Bundesrat muss diese Beschwerde mindestens gleichzeitig mit der Erwirkung des Abstimmungsergebnisses behandeln. Dies wird voraussichtlich noch im Februar der Fall sein.

Zusammen mit der Akademischen Kulturgesellschaft Zürich hat Ines Torelli ferner eine Volksinitiative für die Einrichtung eines wissenschaftlichen Parlamen-

tes unter dem Titel «Schweizer Kongress» lanciert. Dieser soll Fragen des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen abklären und als erstes die Frage der Tierversuche «neutral» behandeln. Es ist nicht bekannt, ob diesem Areopag auch Derrick, Will Quadflieg, Anneliese Rothenberger, Dimitri und Léon Huber angehören sollen, die im Abstimmungskampf auf gekauftem Raum für die Weber-Initiative eingetreten sind.

Initiativen Nummer 2 und 3

Die Initiative des Schweizer Tierschutzes hat inzwischen das Quorum von 100 000 Unterschriften erreicht. Sie ist allerdings noch nicht eingereicht worden. Die Sammelfrist läuft noch bis Mitte November 1986.

Bereits einen Tag nach der wuchtigen Niederlage der Weber-Initiative kündigten Civis Schweiz und die von Milly Schär-Manzoli gegründete Tessiner/Westschweizer Vereinigung gegen die Vivisektion eine weitere Initiative «für die totale und bedingungslose Abschaffung der Tierversuche» an. Die Frist zur Unterschriftensammlung läuft in diesem Fall am 3. Juni 1987 ab.

Was bei diesem Initiativengangel freilich auf der Strecke bleibt, ist der Wunsch, unserem international vorbildlichen Tierschutzgesetz einen wirksameren Vollzug zu verschaffen. Hierzu bedürfte es freilich einer sachlichen und besonnenen Aufbauarbeit.

Verkennung des Wesens und der Ziele unseres Zivilschutzes

Zivilschutzverweigerung als neue Widerstandsform?

Seit Beginn der achtziger Jahre treten auch in der Schweiz Fälle von Verweigerungen des Zivilschutzdienstes auf – nach dem Selbstverständnis der Verweigerer eine weitere Form des «gesamtgesellschaftlichen Widerstandes». Welches und wie trügerisch sind die Gründe, die Zivilverteidigung zu verweigern? Dieser Frage geht unser Beitrag nach.

Die von der Gruppe «Zivilschutz – Nichtsnutz» und einzelnen Zivilschutz-Dienstverweigerern vertretene Meinung, der Zivilschutz «militarisieren» die Gesellschaft, er sei in einem Atomkrieg «Betrug und Selbstbetrug» und «blockiere» die Friedenssicherung, beruht zunächst auf einer Verkennung des Wesens und der Ziele des Zivilschutzes, wie er in der Schweiz konzipiert ist und realisiert wird. Seine Bedeutung – so der Bundesrat in seinem Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz – liege in der Schutz- und Betreuungsfunktion. Der Zivilschutz ist das Bekenntnis der Bevölkerung, aufs äusserste, mit allen Mitteln – nicht nur mit «Phantasien über aktive Friedenspolitik» – das bei einem Krieg Unabwendbare schadloser zu überstehen.

Ideologische Verbrämung

Eine Zivilverteidigung ist allemal menschenwürdiger und kostet weniger, als die Unterjochung auf Lebzeiten erleiden zu müssen. Zudem wird mit einer Verweigerung des Zivilschutzes die Möglichkeit eines Einsatzes von Atomwaffen nicht etwa ausgeräumt, sondern im Gegenteil der Schritt zur Anwendung von Gewalt erleichtert und die Kapitulation in den schutzlosen Seelen der Bevölkerung «friedenspolitisch» erreicht.

Zivilschutzverweigerung: nicht neu

Bei einer Rückschau auf die Geschichte zeigt sich, dass die Forderungen der Zivilschutzverweigerer grundsätzlich keine neuen Erscheinungen sind. Die Fortschritte in der Verstärkung der Feuerkraft schienen zu jeder Zeit vor allem für jene Zeitgenossen

apokalyptische Ausmasse anzunehmen, die sich davon überraschen liessen. Der Mensch hat gegen das Feuer zwei wirksame Abwehrtechniken gefunden: Realismus in der Vorbereitung auf das Kampfgeschehen abwalten zu lassen und eine Ausbildung im Bemühen um den Schutz vor allen möglichen Kampfwirkungen zu betreiben.

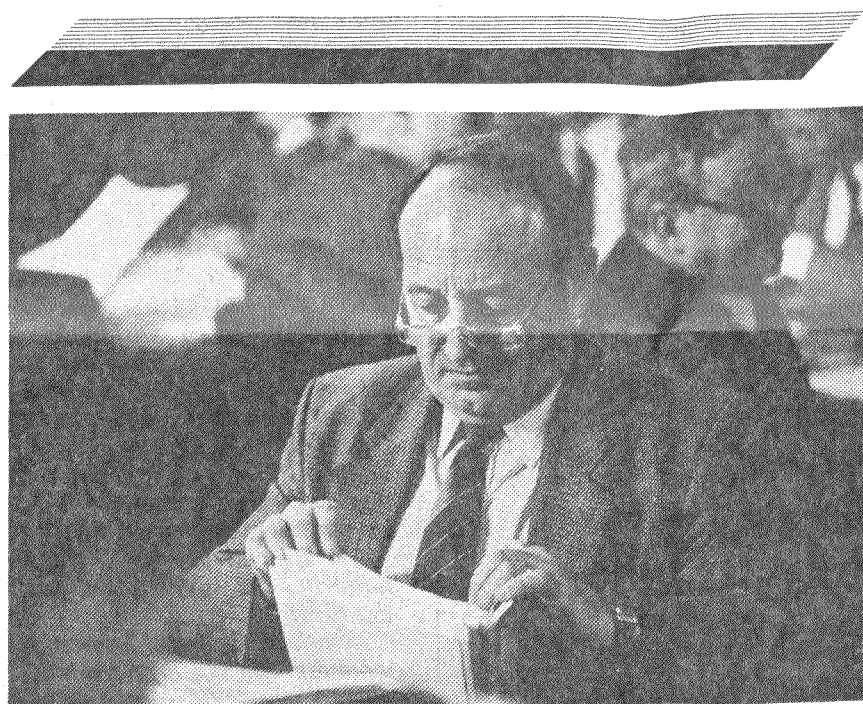
Panisch zu reagieren angesichts irrealer Zerstörungen ist zwar menschlich – wie aber auch die Weigerung, etwas anderes zu tun, als den Kopf in den Sand zu stecken. Es gibt keinen absoluten Schutz, wohl aber ein Optimum, bis zu welchem es sich lohnt, das Schutzobjekt zu verstärken, um es überlebensfähiger zu machen. Wer nun behauptet, dass der Zivilschutz an sich die «Kriegsgefahr steigere», ist befangen oder kapituliert im vornherein vor einer nicht feststellbaren Feuerwirkung. Der Zivilschutz stärkt die Moral zur Selbstbehauptung – Grundvoraussetzung der Freiheit und des Friedens vor politisch-militärischen Erpressungen.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz, 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

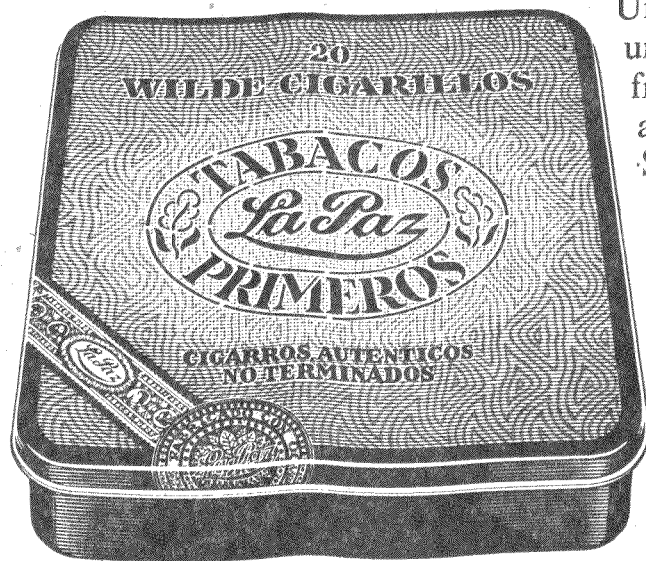
Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32. Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich. Einzelnummer Fr. 2.–, Jahresabonnement Fr. 20.–.



Kritischer Blick in die Akten: FDP-Nationalrat Ernst Cincera (Zürich). (Photo ruti)

Ehrlichkeitshalber.

Weil es schon besonders viel Erfahrung in der Kunst der Herstellung gehaltvoller Cigarillos braucht, haben sich die Cigarrenmacher von La Paz Zeit gelassen. So lange, bis die Mischung aus Dutzenden erstklassiger Tabaksorten stimmte.



20 Stück / Fr. 8.50.–

Und sie mit makellosen, naturreinen Deckblättern umhüllt. Und ein Büschel am Brandende freigelassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Aus Tabak. Mehr nicht. Damit Sie als Kenner nicht mehr die Nase über Cigarillos zu rümpfen brauchen.

Denn Wilde Cigarillos von La Paz sind von Grund auf ehrlich. So sorgsam melangiert wie eine grosse Cigarre. So aromatisch leicht. Und ungepudert.

Die Leute von La Paz sind eben Perfektionisten. Seit über 160 Jahren.



Cigarros Autenticos.



Eine aussergewöhnlich starke Beachtung fand in den Medien die jüngste Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz, die einem einzigen Traktandum gewidmet war: der Parolenfassung für die eidgenössische Volksabstimmung vom 16. März über den Beitritt des Landes zur Uno.

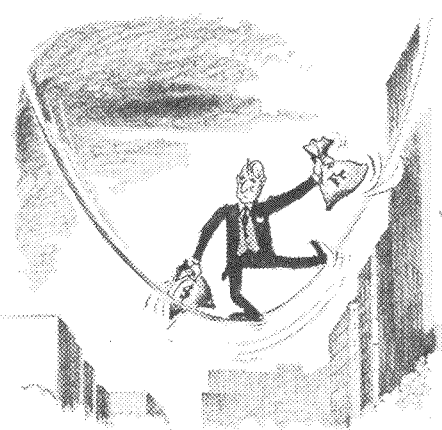
In den Kommentaren wurde die intensive Auseinandersetzung an der Versammlung mit diesem Thema hervorgehoben. Beachtung fanden auch die engagiert geführten Diskussionen in den insgesamt fünf Arbeitsgruppen, die sich des Verhältnisses der Schweiz zur Uno aus unterschiedlichen Blickwinkeln annahmen. Herausgestrichen wurden das hohe Niveau der Voten in der allgemeinen Aussprache sowie die einleitenden Stellungnahmen der Befürworter und der Gegner.

Starke Resonanz fanden sowohl das Einführungsreferat des ehemaligen NZZ-Chefredaktors Fred Luchsinger (einen Auszug daraus finden Sie in dieser «Freisinn»-Ausgabe) wie die Ausführungen von Bundesrätin Elisabeth Kopp (ebenfalls auszugsweise in dieser Nummer zu lesen). Die Deutlichkeit des Parolenentscheides, die weit

über die Erwartungen hinausging, gab den Medienschaffenden ebenfalls zu Kommentaren Anlass.

Dabei wurde, etwa im «Aargauer Tagblatt», die Frage aufgeworfen, wie weit die Beschlüsse der schweizerischen Delegiertenversammlungen für die Basis repräsentativ sind. Der Kommentator des «Badener Tagblattes» hob andererseits hervor, dass Parteiparolen eine Leitfunktion vor allem in Fällen haben können, bei denen es noch viele Unentschlossene gibt.

Unsere Photos (Bilder ruti) vermitteln einen stimmungsmässigen Überblick über die von weit über 300 Delegierten und Gästen besuchte Versammlung. Aus Gründen der Zeitersparnis wurde auf ein eigentliches Mittagessen an der sechseinhalb Stunden (!) dauernden Tagung verzichtet, statt dessen wurden während der Diskussionen in den Arbeitsgruppen Sandwiches und Käseküchlein angeboten (Photos links und unten). Das Bild oben gibt einen Überblick über den vollgestopften Plenarsaal. Mit Engagement vertrat Bundesrätin Kopp den befürwortenden Standpunkt der Landesregierung (Photo links).



DIESE ART FINANZIERUNG IST NICHT THE FINE ART OF BANKING.

Wir bleiben bei Finanzierungen immer schön am Boden. Dank diesem Grundsatz und unserer professionellen Beratung konnten wir schon manchem tüchtigen Unternehmer auf die Sprünge helfen.

JB^{co}B
BANK JULIUS BAR
THE FINE ART OF BANKING
Zürich London New York